



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/144 - 28.6.1954  
Hinweise auf den Inhalt:  
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Zu den Wahlen in Nordrhein-Westfalen S. 1  
Aufrüstung um den Preis der dritten Teilung? S. 3  
(II und Schluss)

Der Glanz des 6. September erlosch

(sp) Die Probe auf die unveränderte Anziehungskraft der Politik der Bundesregierung, zu der der Bundeskanzler die Wahlen im grössten Lande der Bundesrepublik gemacht hat, ist dem Partner Adenauers auf dem bekannten doppelköpfigen Wahlplakat, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, schlecht bekommen. Seine Partei hat im Vergleich zum 6. September weit über eine Million Stimmen und er selbst seine bisherigen Regierungsmehrheit verloren, die praktisch aus der CDU allein bestand. Ihren sinnfälligsten Ausdruck fand diese Entwicklung in der Stadt Bonn selbst, wo die Stimmen der CDU von 46 000 bei den Bundestagswahlen auf 29 000 am letzten Sonntag zurückgingen. Der Glanz des 6. September ist erloschen. Dies ist das wesentliche Ergebnis der Wahlen am vergangenen Sonntag.

Der Abstand zwischen CDU und SPD hat sich von 1.4 Millionen Stimmen im September vorigen Jahres auf 0.5 Millionen Stimmen bei dieser Wahl verringert. Für die Kürze der inzwischen verflossenen Zeit ist das ein grosser Verlust der CDU, der politisch erheblich ins Gewicht fällt und seine symptomatische Bedeutung hat. Als solcher wird er auch im Auslande sorgfältig registriert werden. Da der Wahlkampf gerade von der CDU mit der Aussenpolitik des Kanzlers geführt worden ist (Adenauer: "Die bevorstehenden Landtagswahlen sind von grösster Bedeutung für die Bundespolitik") muss der Ausgang eben als eine klare Demonstration gegen diese Aussenpolitik gewertet werden. Wenn von CDU-Seite der

Versuch gemacht wird, die Landtagswahlen vom Jahre 1950 als gültigen Vergleich heranzuziehen, so ist das zwar vom Standpunkt derer, die die bittere Erfahrung des 27. Juni machen mussten, verständlich. Politisch aber ist es unrealistisch, eben wegen des vom Kanzler und von der CDU offen verkündeten engen Zusammenhanges zwischen Landtagswahl und Bundespolitik und weil in solchen Fällen immer nur die letztvorangegangene Wahl der logische Vergleichsmaßstab ist.

Noch ist es unmöglich, eine gründliche Einzelanalyse vorzunehmen. Auffallend ist aber auf den ersten Blick, dass die drei kleinen Parteien, Zentrum, KP und BHE, im Vergleich zum 6. September sämtlich Stimmen gewonnen haben, wenn auch BHE und KP keine Abgeordneten in den Landtag entsenden können. Der Stimmenszuwachs der Partei Oberländers und der Kommunisten ist der Beweis einer Radikalisierung, bedingt auch durch die Furcht vor neuen Feierschichten im Ruhrgebiet und durch offenkundige Unzulänglichkeiten bei der Eingliederung der Vertriebenen in das Wirtschaftsgefüge des Landes. Immerhin ist diese Gefahr nur im Ansatz vorhanden. Das klar Übergewicht liegt bei den beiden grossen demokratischen Parteien und das wieder ist schon für sich ein eminenter Vorzug. Einigermassen paradox ist, dass das Zentrum ganzen 22 Stimmen, die es im Wahlkreis Essen-West über das für die Berücksichtigung einer Partei im Parlament notwendige Drittel hinaus erhielt, neun Abgeordnete verdankt, die es nun in den Landtag entsenden kann.

In gewissen Umfange ist das Wahlergebnis auch Ausdruck eines wachsenden Unbehagens über die unbestreitbare Tendenz zur Konfessionalisierung unseres öffentlichen Lebens. Es nützte der CDU auch nichts, dass sie den so umstrittenen und redefreudigen Familienminister Würmeling nicht in die Wahlarena schickte, um nicht an ihm sich nur neue Widerstände gegen seinen Auftrag und den Geist, der dahintersteht, entzünden zu lassen. Von diesem Unbehagen hat ohne Zweifel vor allem die FDP Nutzen gezogen. Sie führte ihren Wahlkampf beinahe ausschliesslich unter kulturkämpferischem Vorzeichen und hat immerhin einen Stimmengewinn von ungefähr 3 % erzielen können, der nur aus CDU-Verlusten zu erklären ist.

Die Mehrheit im Landtag Nordrhein-Westfalen, die sich selbst anmassend "christlich" zu nennen pflegte, gibt es nicht mehr. Die Frage, wie sich die künftige Regierung zusammensetzen wird, dürfte nicht ganz einfach zu klären sein. Darüber schon jetzt etwas zu sagen, wäre verfrüht.

+ + +

## Aufrüstung um den Preis der dritten Teilung? (II)

### Der Kanzler hat keinen Blankoscheck

Bei dem ganzen leichtfertigen Gerede über die EVG-Alternative einer "bizonalen" Aufrüstung — denn darauf läuft, wie wir in unserer letzten Ausgabe anhand von Zitaten zeigten, die Wiederbewaffnung um jeden Preis hinaus — wird von den Aufrüstungsinteressenten als die selbstverständlichste Sache der Welt vorausgesetzt, dass die Deutschen (in General Bradleys Worten) "willig und bereit" sind; dass sie damit einverstanden wären, wenn die französische Zone (um den Ausdruck Adelbert Weinstains zu gebrauchen) "ausgespart" bliebe und dass sie gewillt sind, die ersten Bedenken politischer und militärischer Natur (wie sie zum Teil von Hanson Baldwin erwähnt wurden) in den Wind zu schlagen. Das ist keineswegs der Fall. Weit davon entfernt endgültig entschieden zu sein, muss die Frage der deutschen Wiederbewaffnung im Licht der veränderten Situation heute von Grund auf neu erwogen werden. Der gegenwärtige Bundeskanzler hat vom deutschen Volk keinen Blankoscheck bekommen, in den er nach Belieben "EVG" oder "bizonale Aufrüstung" eintragen kann.

Eriens ra wir uns, dass der Ruf nach deutschen Soldaten unter dem Eindruck des Korea-Krieges laut wurde; aber vergessen wir uns auch, dass Amerika damals eine demokratische Regierung besaß, die nicht vor dem unpopulären Kurs zurückscheute, mit eigenen Truppen den Aggressoren entgegenzutreten; die ihre Streitkräfte in Europa auf europäischen Wunsch von zwei auf sechs Divisionen verstärkte; die mit dem Marshall-Plan, der Berliner Luftbrücke und der NATO bewanderte Beispiele einer konstruktiven Eindämmungspolitik lieferte; und in deren Amtszeit die Hysterie des McCarthyismus noch nicht Exzesse feierte, die an den Nazismus gemahnen.

Die republikanische Regierung Eisenhower-Dulles, mit dem demagogischen Versprechen kurzfristig billiger Patentlösungen an die Macht gekommen, hat es in den vergangenen anderthalb Jahren fertiggebracht, fast sämtliche Positionen des Westens in Frage zu stellen. Während sie in Asien wie in Europa ihre Truppen verringerte (in Europa von sechs auf fünf oder weniger Divisionen), hat ihre Methode der leeren Drohungen nur die Alliierten Amerikas erschreckt und dadurch Uneinigkeit im westlichen Lager hervorgerufen, den Gegner aber unbeeindruckt gelassen.

Unter massgeblicher Mitarbeit Dr. Adenauers hat die amerikanische Politik, Westdeutschland zum Polizisten Europas zu machen, den europäischen Gedanken diskreditiert, unter den demokratischen Nachbarn Deutschlands Zwietracht und Misstrauen gesät und der Reaktion in Westdeutschland Oberwasser gegeben. Wenn diese Politik ihr Ziel erreichen sollte, hätten wir ein besaffnetes, reaktionär regiertes Deutschland, dessen Hauptproblem, die Teilung, den dritten Weltkrieg ebenso gut unmittelbar durch einen "örtlichen Konflikt" wie mittelbar durch eine bei Nationalisten autoritärer Denkungsart gut verteilbaren "Frontwechsel" auslösen könnte. Amerika, gefolgt von England hätte sich wie nach dem ersten Weltkrieg vom Kontinent abgewandt, d.h. die Landtruppen wären nicht vorhanden, deren Anwesenheit in genügender Zahl

28. Juni 1954

allein die Gewähr bietet, dass einerseits ein "Grenzzwischenfall" nicht leichtfertig zum Vorwand für "massive Vergeltung" erhoben und andererseits ein Angriff aus dem Osten verhütet wird. Die westliche Allianz wäre zerstört und Frankreich wäre in die Arme Moskaus getrieben. Oder ist es angesichts der letzten Entwicklung in Paris etwa unvorstellbar, dass eine französische Regierung, die sich von ihren atlantischen Verbündeten im Stich gelassen fühlt, auf eine amerikanische Aufrüstung Deutschlands mit der Überlassung von Stützpunkten an Rußland antwortet?

Nichts ist unwahrer als die Behauptung unserer Aufrüstungsinteressenten, Amerika würde sich in die Isolation zurückziehen, wenn es nicht zur Aufstellung deutscher Verbände kommt. Wahr ist vielmehr, dass sich Amerika, zu einem grossen Teil dank Dr. Adenauers Aufrüstungseifers, bereits auf dem Wege dahin befindet und dass es seine Landstreitkräfte aus Europa ganz abziehen wird, wenn deutsche Truppen erst vorhanden sind. Am 25. Januar sagte der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, John M. Hannah, die Vereinigten Staaten beabsichtigten ihre Truppen aus Europa und Asien nach Hause zu bringen, "sobald es die Lage gestattet". Die Stärke der amerikanischen Wehrmacht solle von 3 500 000 Mann zur Zeit der Truman-Administration auf 3 000 000 bis Mitte 1955 und auf 2 15 000 nach 1957 verringert werden. Dass die anglo-amerikanischen "Garantien" einer "engen und dauerhaften Zusammenarbeit" mit der EWG wertlos sind, sollte angesichts dieser Ankündigung nicht mehr zweifelhaft sein.

Es handelt sich also darum -- und hierin liegt die einzigartige Chance der deutschen Politik, zusammen mit den anderen freien Ländern des alten Kontinents der Vernunft in den internationalen Beziehungen wieder zur Geltung zu verhelfen -- Amerika von seinem Irrweg in die Verantwortungslosigkeit der Isolation abzubringen. Eine Bundesregierung, die von dem deutschen Erbübel frei wäre, Sicherheit schematisch gleich Divisionen zu setzen, hätte das Mittel dazu in der Hand. Wenn sie sich weigerte, einer westdeutschen Aufrüstung um jeden Preis zuzustimmen, müßte sich auch der amerikanische Außenminister von neuem überlegen, was für die Vereinigten Staaten "unannehmbar" ist: "auf unbestimmte Zeit die Rolle des Hauptverteidigers Deutschlands zu spielen (wie Dulles am 22. Dezember 1953 vor dem National Press Club meinte) oder das westeuropäische Potential (das den Sowjets zur Gleichheit mit den USA verhelfen würde) ungeschützt zu lassen.

Gedrängt von einer deutschen Regierung, die -- auch hierin von der jetzigen verschieden -- die friedliche Wiedervereinigung in Freiheit als ihr dringlichstes Ziel betrachtete, und gestützt auf eine von Uneinigkeit befreite, neubeliebte Allianz des Westens, könnte Amerika die "unbestimmte Zeit" seines militärischen Engagements in Europa in echten Verhandlungen der Mächte zur Wiedervereinigung Deutschlands abkürzen. Nach seiner Wiedervereinigung würde Deutschland zu seiner und Europas Sicherheit seinen Beitrag zu kollektiven Massnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen leisten.

### Kommt die "bizonale" Aufrüstung?

Eine gefährliche Entwicklung zeichnet sich ab

Es sind in unserer letzten Ausgabe an dieser Stelle einige Stimmen wiedergegeben worden, die in wichtigen Organen der angelsächsischen und westdeutschen Presse die EVG-Alternative einer baldigen deutschen (genauer gesagt: "bizonalen") Aufrüstung unter Umgehung Frankreichs zur Sprache brachten oder befürworteten. Die in- und ausländische Presse hat darüberhinaus in den vergangenen sechs Monaten eine ganze Reihe von beunruhigenden Berichten gebracht, die zum Teil von bereits laufenden deutsch-alliierten Erörterungen über diese "Lösung" sprachen und weitgehend übereinstimmten hinsichtlich der hauptsächlich der besprochenen Punkte:

1. Eine Vergrößerung des Umfangs der westdeutschen Aufrüstung von den zwölf im Rahmen der EVG vorgesehenen Divisionen auf zwanzig bis fünfundzwanzig Divisionen. Kriegsmaterial für die Aufrüstung von sechs Divisionen soll angeblich unmittelbar verfügbar sein.
2. Die Aufstellung, Aufrüstung und Ausbildung dieser Truppen in Zusammenarbeit mit den amerikanischen (und möglicherweise britischen) Streitkräften in Deutschland, in einem Falle war sogar die Rede von deutschen Verbänden "innerhalb" der Besatzungstruppen.
3. Die Verlegung der militärischen Versorgungslinien, so dass Antwerpen, Bremen und Hamburg anstelle französischer Häfen zu den Hauptversorgungsplätzen würden.

Bereits am 17. Dezember letzten Jahres, nur drei Tage nachdem Außenminister Dulles die "schmerzliche Revision" der amerikanischen Europapolitik für den Fall des Scheiterns der EVG angedroht hatte, berichtete die gewöhnlich gut informierte "Paris Presse", die Vereinigten Staaten seien zum Abschluß eines "Dreiecksabkommens" zwischen Washington, London und Bonn auf obiger Basis entschlossen, wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zustande kommen sollte. Am 5. Januar gab ein Bericht der "Westfälischen Rundschau" aus Bonn Punkt für Punkt dieselbe Information und teilte mit, dass deutsche und alliierte Sachverständige neben einer "reformierten" EVG ein solches Dreiecksabkommen erörterten. Schon am 22. Dezember hatte die "Stuttgarter Zeitung" aus Bonn gemeldet, dass die Möglichkeit eines Dreierpaktes eine der Alternativen sei, die von alliierten Militärsachverständigen damals intern erwogen wurden.

In der Zeit der Griechenlandreise Dr. Adenauers fiel die erste öffentliche Andeutung von seiner Seite, dass eine Alternative zur EVG möglich wäre, wenn Frankreich nicht ratifizieren sollte, und kurz darauf, am 24. März, meinte der britische Verteidigungsminister, Lord Alexander, in Oslo, dass man sich nach der "zweitbesten Lösung" umsehen müsste, wenn die Europa-Armee nicht zustande käme.

Am 27. März erklärte US-Hochkommissar Conant in einer vielbeachteten Rede, die Periode der Besatzung näherte sich ihrem Ende, und am 6. April meinte Dr. Adenauer, die EVG sei besser als alle denkbaren

Alternativen; "wir wollen aber unter keinen Umständen unseren Beitrag irgendjemanden auszuwingen" -- eine Erklärung, die man nur so verstehen kann, dass dieser Beitrag, wenn Frankreich ihn nicht wolle, dann eben gegenüber jenen geleistet werde, die ihn wünschten, dass er aber auf jeden Fall, "so oder so", geleistet würde.

Am 8. April brachten viele deutsche Zeitungen Bilder von einer Parade der sonst sehr öffentlichkeitsscheuen deutschen Dienstgruppen bei der amerikanischen Armee, und die Bildunterschriften wiesen darauf hin, dass die deutschen "Arbeitsmänner" nur an der Farbe ihrer Uniformen von amerikanischen Soldaten zu unterscheiden wären.

Wo so viel Rauch ist, brennt gewöhnlich auch ein Feuer; Beispiele für das Bekantwerden "Höchst geheim", heikler Maßnahmen liessen sich aus der jüngsten Vergangenheit ohne Schwierigkeit nennen. Unser besonderer Verdacht findet jedoch zusätzliche Bestätigung, wenn wir sehen, mit welcher Leichtfertigkeit in den Meinungsspalten gewisser deutscher und ausländischer Blätter mit dem Feuer gespielt wird.

Der amerikanische Journalist Robert Ingrim, ein regelmäßiger Mitarbeiter des Lieblingsblatts Dr. Adenauers, der "Kölnischen Rundschau" hat schon am 4. Januar in dieser offiziellen Zeitung sicher nicht von ungefähr die Meinung geäußert, "es wäre wunderbar, wenn die Vereinigten Staaten, vor die Entscheidung gestellt, auf die Gelegenheit verzichteten, mit Hilfe Deutschlands ein militärisches Gegengewicht zu schaffen," selbst wenn sie damit "eine ärgere Verstimmung der Franzosen" herausforderten. Am 15. März meinte Herr Ingrim in seiner hemdsärmeligen Art, wenn die Amerikaner an "die Notlösung durch ein 'spanisches Abkommen' mit Deutschland" energisch herangingen, so würden "im Palais Bourbon in Paris die Rockschöbe fliegen" und die EWG ratifiziert werden. Und am 3. Mai sagte Ingrim kategorisch voraus, "dass Amerika und England dafür sorgen werden, die Bewaffnung Deutschlands im Jahr 1954 anlaufen zu lassen." Am 9. April bemerkte die Mainzer Allgemeine, man sei in Bonn davon "überzeugt, dass Frankreich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zustimmen würde, wenn es schon deutsche Truppenkontingente gäbe... Wie Bradley mitteilt, haben die Amerikaner bereits das Material für sechs deutsche Divisionen nach Europa gebracht."

Am 3. Mai fand die kürzlich verstorbene Anne McCormick in der "New York Times" die Zeit für die "schmerzliche Revision" sei nun anscheinend gekommen, da Amerika in Gefahr stehe, selbst isoliert zu werden. Am Beispiel der wachsenden Kritik an Dr. Adenauers Außenpolitik deutete sie an, dass die Vereinigten Staaten selbst diesen treuen Freund eines Tages verlieren könnten, wenn die Lage der Bonner Regierung durch die "Revision" nicht bald verbessert werde.

Die Vernebelung der Gehirne geht weiter.

Verantwortlich: Peter Raunau